

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Wohnungspolitik ist für uns Sozialpolitik. Uns geht es darum, dass Menschen mit wenig Einkommen, mit geringem Einkommen in Berlin in möglichst vielen Wohnlagen leben können, eine Wohnung finden können. Wir haben als Stadt, als Kommune verschiedene Instrumente, um Menschen zu unterstützen: Förderung von Neubau gibt es in Berlin im Prinzip nicht mehr. Sozialer Wohnungsbau aus der Vergangenheit, das ist eine Geschichte von jahrzehntelanger Fehlsubventionierung, davon, dass Geld nicht bei den Richtigen angekommen ist, sondern bei Banken, Beratern, Geschäftemachern, auch bei Baufirmen.

Wir haben als letzte Säule – Sie können daran sehen, dass das eine sehr wichtige ist – die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Ich glaube, wenn wir uns aus dem sozialen Wohnungsbau Stück für Stück oder mit einem großen Ruck verabschiedet haben werden, dann sind die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften das einzige und umso wichtigere Instrument, um überhaupt Wohnungspolitik auf Landes-, auf Kommunalebene in Berlin aktiv betreiben zu können. Deshalb haben wir uns mit der Frage zu beschäftigen: Wie ist das eigentlich, was für eine Rolle spielen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, wie kommen die zu ihren Mieten, und insbesondere: Wie machen die das, wenn Wohnungen neu vermietet werden? – Sie alle wissen, auch aus vorangegangenen Diskussionen hier im Haus: Neuvermietung ist im Prinzip der Vorgang, der dazu führt, dass das Mietniveau insgesamt steigt, und der dazu führt, dass viele Menschen, die eine neue Wohnung suchen, in bestimmten Lagen in der Stadt, insbesondere in der Innenstadt, keine Wohnung mehr finden können. Dem wollen wir entgegenwirken, und dafür ist dieser Antrag eingebracht.

[Beifall bei den Grünen]

Wir haben im Frühjahr 2009 einen Antrag eingebracht, der sich insgesamt mit dem Thema Neuvermietung beschäftigte. Der hatte zum Inhalt eine Bundesratsinitiative, die wir starten wollten. Wir wollten insgesamt für alle im Mietrecht eine Verbesserung erreichen. Sie haben uns hier gesagt, insbesondere die Koalition: Das ist ein löbliches Anliegen, aber das geht nicht, Bundesratsinitiative ist zu schwierig; selbst die SPD in der Bundesregierung hilft uns da nicht weiter. Sie haben das abgelehnt. Dann haben wir gesagt – das können Sie in diesem Antrag lesen –: Wenn es uns nicht gelingt, auf der Bundesebene Veränderungen zu erreichen, dann müssen wir das in Berlin tun.

Dann müssen wir das mit den Mitteln tun, die uns hier direkt zur Verfügung stehen, deswegen dieser Antrag.

[Beifall bei den Grünen]

Ich habe in einer Kleinen Anfrage gelesen – das ist möglicherweise ein exemplarisches Beispiel –, wie landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bei Neuvermietungen verfahren. Es gibt eine Drucksache 12797, das war der Kollege Dr. Lederer, der hatte gefragt nach der GESO-BAU und Neuvermietungen in Pankow. Es ging um Wohnungen am Bürgerpark. Ich zitiere die Antwort des Senats zu der Frage 10:

Bei der Vermietung der oben angeführten hochwertig sanierten und modernisierten Objekte in Pankow werden Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen als Zielgruppe angesprochen. Auch für Haushalte mit geringem Einkommen bietet die GESOBAU AG im Pankower Gebiet – wo ist das? – Wohnraum mit entsprechenden Mietpreisen an.

Wir alle sprechen darüber: Segregation heißt, dass Arm und Reich getrennt werden, dass Menschen aus bestimmten Lagen verdrängt werden. Das sollten die Wohnungsbaugesellschaften, die in Landeseigentum sind, gerade nicht tun. Aber in diesem Fall wird deutlich, dass die GESOBAU ganz klar Wohnungen für Bessergestellte macht und die anderen auf andere Ortsteile verweist, möglicherweise mit einem schwierigen sozialen

Niveau. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen, nämlich Mischung der Bevölkerung. Alle sozialen Schichten sollen die Chance haben, in einem Ortsteil zu leben.

[Beifall bei den Grünen]

Dieser Antrag soll die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften verpflichten. Jetzt haben wir gehört, der Re-gierende Bürgermeister hat auch das zur Chefsache gemacht. Ich halte mich da aber lieber an Frau Junge-Reyer, die ist auch anwesend. Wir möchten Sie auffordern mit diesem Antrag: Greifen Sie ein, und steuern Sie die landeseigenen Gesellschaften so, wie wir das wollen! Die sollen eine soziale Funktion haben, die sollen vorbildlich sein im Klimaschutz, und die sollen das alles machen bei wirtschaftlich verantwortlichem Umgang mit dem Landesvermögen. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen]